

Allgemeine Bedingungen für Lieferung und Installation von technischen Anlagen

1. Geltung

1.1. Diese Allgemeinen Bedingungen (AGB) gelten für Werklieferungsverträge zu technischen Anlagen (die Anlage), die auf dem Gelände des Flughafen Zürich vom Lieferanten oder einem von ihm beauftragten Dritten auf Bestellung der Flughafen Zürich AG (die FZAG) installiert werden (die FZAG und der Lieferant = die Parteien).

1.2. Der Lieferant ist verpflichtet, die besonderen Bedingungen und Vorschriften am Flughafen Zürich und der FZAG (insbesondere Sicherheitsbestimmungen, Zollvorschriften, Umweltschutzbestimmungen) einzuhalten und sich über besondere Verhältnisse und Einschränkungen auf dem Flughafenareal zu informieren. Der Lieferant ist dafür verantwortlich, dass seine Arbeitnehmer, Hilfspersonen und Subunternehmer darüber vollständig unterrichtet sind und entsprechend diesen Bedingungen und Vorschriften handeln.

1.3. Der Lieferant darf einen Subunternehmer allgemein oder für eine bestimmte Arbeit beiziehen, wenn der Vertrag dies vorsieht oder nachträglich mit schriftlicher Einwilligung der FZAG. Bleibt die Einwilligung aus, so kann der Lieferant daraus keinerlei Ansprüche ableiten. Durch das Beiziehen von Subunternehmern bleibt der Lieferant gegenüber der FZAG vollumfänglich für die Erfüllung des Vertrages verantwortlich.

2. Pflichten des Lieferanten

2.1. Die vertragliche Leistungspflicht des Lieferanten ergibt sich aus dem Verwendungszweck des Werks und dem bereinigten Lastenheft der FZAG und umfasst alle weiteren Anforderungen, welche dem Lieferanten im Rahmen der Beschaffung oder mit Vertragsunterzeichnung, zum Beispiel in Form von Plänen, Richtlinien, internen Vorgaben und Bedingungen, sowie Terminen bekannt gegeben werden.

2.2. Der Lieferant ist verpflichtet, während der Vertragsdauer jederzeit alle Anforderungen sorgfältig und fachmännisch zu prüfen und ungeeignete Anforderungen oder Weisungen unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

2.3. Die vertragliche Leistungspflicht umfasst neben Lieferung, Installation und Inbetriebnahme der Anlage, auch die Mitwirkung in der Projektabwicklung, die Durchführung von Tests, die Schulung von Personal und die Dokumentation. Als Teil der Dokumentation übergibt der Lieferant der FZAG die Konformitätserklärung zur Anlage und die CE-Kennzeichnung; sind für die Anlage oder einen Anlageteil keine harmonisierten Normen vorhanden, gibt der Lieferant zusätzlich ein Prüfzertifikat einer benannten Stelle der EU (notified body) ab. Die vertragliche Leistungspflicht umfasst als Teil der Dokumentation die Übergabe der Risikobeurteilung sowie die Berechnungen und technischen Unterlagen zur funktionalen Sicherheit der Anlage sowie deren Teile.

2.4. Der Lieferant prüft die Auswirkungen der installierten Anlage auf bestehende Anlagen und trifft alle erforderlichen Massnahmen, die den sicheren und ordnungsgemässen Betrieb bestehender Anlagen während der Installation und nach Inbetriebnahme der Anlage gewährleisten (Risikobeurteilung, Massnahmenplan). Die FZAG kann vom Lieferanten eine schriftliche Bestätigung einfordern.

3. Arbeiten am Flughafen Zürich

Der Lieferant holt die erforderlichen Bewilligungen für seine eingesetzten Arbeitnehmer in der Schweiz und am Flughafen auf eigene Kosten ein. Für Arbeiten in bestimmten Bereichen muss für jeden Arbeitnehmer eine Zutrittsberechtigung (Flughafenausweis) bei der FZAG eingeholt werden. Die gesetzlichen und behördlichen Arbeitsschutz- und Arbeitsbedingungen (insbes. SUVA, SECO) sind einzuhalten.

4. Projektabwicklung

4.1. Der Lieferant liefert alle für die Projektabwicklung erforderlichen Informationen rechtzeitig. Er weist die FZAG unaufgefordert auf Schnittstellen und Abhängigkeiten zu baulichen und betrieblichen Rahmenbedingungen sowie zu Terminen in der Projektabwicklung hin. Der Lieferant stellt sicher, dass die FZAG ausreichend Zeit hat, um technische oder organisatorische Änderungen vom ursprünglichen Projekt zu prüfen. Änderungen sind erst akzeptiert nach schriftlicher Genehmigung durch die FZAG.

4.2. Der Lieferant ist vor Ort durch einen Projektleiter vertreten, der an den Treffen mit der Projektorganisation der FZAG teilnimmt und erforderliche Entscheidungen treffen kann.

4.3. Die FZAG kann verlangen, dass einzelne Mitglieder in der Projektorganisation ausgewechselt werden, wenn die Leistungen der entsprechenden Personen unzureichend sind und dadurch der erfolgreiche und zeitgerechte Projektfortschritt gefährdet ist.

4.4. Entstehen der FZAG Zusatzaufwendungen aus unsorgfältiger oder nicht vertragskonformer Projektabwicklung durch den Lieferanten, kann die FZAG diese nach Anzeige mit Forderungen des Lieferanten verrechnen.

5. Arbeitsergebnisse

5.1. Die FZAG erwirbt nicht übertragbare und nicht ausschliessliche Rechte zu Gebrauch und Nutzung an den vom Lieferanten im Rahmen der Vertragserfüllung erstellten oder von ihm abgegebenen Arbeitsergebnissen, insbesondere an Planungsresultaten (z.B. Layout-Pläne, Ablaufpläne, Phasenkonzepte, Steuerungspflichtenhefte, Dokumentationen), welche mit Vergütung dieser Teilleistungen ins Eigentum der FZAG übergehen.

5.2. An rechtlich nicht geschützten Ideen, Verfahren und Methoden bleiben beide Parteien nutzungs- und verfügungsberechtigt.

6. Installation

6.1. Der Lieferant gibt der FZAG mit Vertragsunterzeichnung die technischen Anforderungen an die Schnittstellen bekannt. Der Lieferant prüft vor der Installation rechtzeitig, ob Vorbereitungsarbeiten der FZAG oder Dritter, zu denen Schnittstellen bestehen, einwandfrei sind und den Anforderungen zur Installation der Anlage genügen. Er meldet allfällige Mängel umgehend an die FZAG. Bei Nichterfüllung dieser Prüfpflicht gehen Mehraufwendungen zu Lasten des Lieferanten.

6.2. Der Lieferant übernimmt für die Rücknahme und Entsorgung von Verpackungsmaterial und Abfällen sowie die Reinigung der durch die Installationsarbeiten entstandenen Verunreinigungen auf eigene Kosten.

6.3. Der Lieferant trifft während der Installation und bis zur Schlussabnahme der Anlage die gebotenen Vorkehrungen für die Sicherheit von Personen und Sachen, namentlich auch zum Brandschutz.

6.4. Der Lieferant übernimmt die Demontage von Anlagen, die ersetzt werden, und sorgt für die sachgerechte Wiederverwertung oder Entsorgung.

7. Einsatz von Informatikmitteln

7.1. Der Lieferant setzt Informatikmittel in technischen Anlagen unter Beachtung von der FZAG definierten ICT Security Vorgaben ein. Für Entwicklung, Integration und Betrieb von ICT Systemen beachtet der Lieferant die Vorgaben der FZAG zu technischen Architekturgrundsätzen sowie weitere geltende ICT Richtlinien der FZAG.

7.2. Sämtliche Schutzrechte (insbesondere Urheber- und gewerbliche Schutzrechte) an der vom Lieferanten eigens für FZAG hergestellten Individualsoftware und an der Dokumentation (einschliesslich Source-Code) sowie das Eigentum daran gehen mit vollständiger Leistung der Vergütung ohne weiteres auf die FZAG über. Der Lieferant stellt sicher, dass Schutzrechte im erforderlichen Umfang und unbelastet auf die FZAG übertragen werden (z.B. Übergabe von Dokumenten, Änderung von Registereinträgen, etc.).

7.3. Die FZAG kann die Individualsoftware, einschliesslich Source Code, uneingeschränkt und ausschliesslich nutzen, abändern, weiterentwickeln und verwerten.

7.4. Für Standardsoftware gelten die allgemeinen Regelungen betreffend Immaterialgüterrechte.

8. Immaterialgüterrechte

8.1. Der Lieferant garantiert, dass mit der bestimmungsgemässen Verwendung der Anlage keine Immaterialgüterrechte Dritter verletzt werden. Der Lieferant gewährleistet, dass Lizenzrechte von Dritten für den Betrieb der Anlage un-

eingeschränkt und über den gesamten Lebenszyklus der Anlage gültig sind. Die FZAG erwirbt das nicht übertragbare und nicht ausschliessliche Recht zu Gebrauch und Nutzung der dafür erforderlichen Rechte, einschliesslich der Nutzungsrechte an der Dokumentation.

8.2. Der Lieferant haftet die FZAG verschuldensunabhängig für allfällige Verletzungen von Immaterialgüterrechten Dritter, wie etwa Urheberrechts-, Markenrechts- und Patentverletzungen. Der Lieferant ist verpflichtet, Forderungen auf erste Anzeige hin auf eigene Kosten selbst abzuwehren und die FZAG von entstandenen Aufwendungen, einschliesslich Prozess- und Anwaltskosten, und allfälligen Schäden frei zu stellen.

8.3. Die FZAG ist verpflichtet, den Lieferanten unverzüglich über solche Forderungen in Kenntnis zu setzen und ihm alle zur Abwehr erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, soweit Geschäftsgeheimnisse dem nicht entgegenstehen.

8.4. Stellt der Lieferant fest, dass eine im Zusammenhang mit der Vertragsleistung erzielte Erfindung ganz oder teilweise schutzfähig ist und möglicherweise registriert werden könnte (z.B. bei Patentierbarkeit), informiert er die FZAG sofort schriftlich. Beabsichtigt der Lieferant die Erfindung patentieren zu lassen, so informiert er die FZAG vor der Registrierung schriftlich darüber. Die Parteien bemühen sich, eine Lösung über das weitere Vorgehen zu finden. In jedem Fall verfügt die FZAG weiterhin über kostenlose Nutzungsrechte.

9. Abnahme

9.1. Die FZAG kann Vor- und Teilabnahmen und Testbetriebe an der Anlage vorsehen, diese sind vom Lieferanten durchzuführen. Der Lieferant verpflichtet sich, nur eine ausgetestete Anlage zur Schlussabnahme freizugeben. Gegenstand der Schlussabnahme ist das vollendete Werk. Die gesetzlichen Wirkungen der Genehmigung des Werks (Art. 370 OR) erfolgt mit der Schlussabnahme durch die FZAG.

9.2. Die FZAG hat das Recht Vor- und Teilabnahmen sowie Tests als Beobachter zu begleiten, Protokolle einzusehen und auf kritische Punkte hinzuweisen. Die Verantwortung für die vertragsgemässe Erfüllung verbleibt vollumfänglich beim Lieferanten. Vor- und Teilabnahmen sowie Tests dienen der Überprüfung von Vorgaben zu Ausführungsqualität, Funktionalität, Leistung und Verfügbarkeit sowie übriger Anforderungen an die Anlage. Dabei erkannte Mängel beseitigt der Lieferant umgehend. Nach erfolgreichem Abschluss des Testbetriebs meldet der Lieferant den Abnahmetermin an die FZAG. Die Aufnahme des produktiven Betriebes gilt grundsätzlich nicht als Abnahme des produktiv eingesetzten Teils.

9.3. Der Lieferant schlägt der FZAG 20 Arbeitstage vor dem Abnahmetermin schriftlich ein Abnahmeverfahren vor. Das definitive Abnahmeverfahren wird von der FZAG bestimmt. Wirkt FZAG nicht an einer Abnahme mit, vereinbaren die Parteien einen neuen realistischen Abnahmetermin.

9.4. Über die Abnahme wird ein von beiden Vertragspartnern unterzeichnetes Abnahmeprotokoll erstellt. Es zeigt die unwesentlichen sowie wesentlichen Mängel auf. Mängel gelten als wesentlich, wenn sie den vereinbarten oder vorausgesetzten Gebrauch ausschliessen oder erheblich erschweren, die Sicherheit nicht gewährleistet oder der Betrieb oder Unterhalt der Anlage massgeblich beeinträchtigt ist.

9.5. Liegen wesentliche Mängel vor, so wird die Genehmigung der Anlage (Schlussabnahme) gemäss Art. 370 OR zurückgestellt. Der Lieferant behebt die festgestellten (wesentlichen und unwesentlichen) Mängel und lädt die FZAG rechtzeitig zu einer neuen Prüfung zur Abnahme der Anlage ein.

9.6. Als genehmigt gelten nur ausdrücklich so im Abnahmeprotokoll bezeichnete Mängel.

9.7. Ist der Lieferant nicht in der Lage oder nicht willens, vorhandene Mängel fristgerecht und fachgerecht zu beheben, so ist die FZAG berechtigt, die Mängelbehebung durch eine Drittfirma auf Kosten des Lieferanten ausführen zu lassen. Der Lieferant ist in diesem Fall verpflichtet, die von der FZAG auf der Basis entsprechender Offerten nachgewiesenen Mängelbehebungs- oder Nachbesserungskosten auf erstes Verlangen zu bevorschussen.

9.8. Vorbehalten bleibt das Recht der FZAG Minderung geltend zu machen.

9.9. Zeigen sich bei einer dieser Prüfungen wesentliche Mängel, kann die FZAG gegenüber dem Lieferanten den Rücktritt vom Vertrag erklären (Ziffer 17).

10. Gefahrübergang

Mit Genehmigung der Anlage (Schlussabnahme) durch FZAG erfolgt der Gefahrübergang.

11. Höhere Gewalt

Wird eine Partei durch aussergewöhnliche, nicht voraussehbare und von ihr nicht zu verantwortende Umstände (höhere Gewalt) an der fristgerechten Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen gehindert, wird sie die andere Partei hierüber ohne Verzug schriftlich informieren. Die Erfüllung der Verpflichtung der betroffenen Partei ist dann für die Dauer der höheren Gewalt suspendiert und aufgeschoben; die Pflichten treten nach Wegfall der höheren Gewalt wieder in Kraft. Als Fälle höherer Gewalt gelten insbesondere kriegerische Ereignisse, Epidemien (inkl. Pandemien), Terrorismus, Aufruhr, behördliche Auflagen und Gerichtsentscheide, Gesetzesänderungen, Streik und Aussperrungen.

12. Dokumentation

12.1. Die Dokumentation der Anlage umfasst alle für Betrieb und Wartung erforderlichen Angaben, namentlich Pläne zum Anlagenlayout, Funktionsbeschreibungen, Schulungsunterlagen, Softwaredokumentation (inkl. Source Code für Individualsoftware), Kontrollpläne, Qualitätssicherungskon-

zepte, Ausführungen zur Risikobeurteilung, Konformitätserklärungen und Zertifikate. Die Dokumentation muss der FZAG vom Lieferanten spätestens mit der Schlussabnahme übergeben werden. Der Lieferant übergibt die Dokumentation auch als bearbeitungs-fähige Datei, sofern dies vom Zweck her gedeckt ist (z.B. Funktionsbeschreibungen).

12.2. Die FZAG darf die Dokumentation für Wartung oder Erweiterung der Anlage auch Dritten zur Verfügung stellen, sofern sie diese für die Erbringung ihrer Leistungspflichten benötigen.

13. Gewährleistung und Gewährleistungsfristen

13.1. Der Lieferant leistet der FZAG eine umfassende Gewähr der Anlage betreffend Ausführungsqualität, Funktionalität, Leistung und Verfügbarkeit. Ist nichts anderes vereinbart, gewährleistet er, dass die Anlage mindestens dem aktuellen Stand des Wissens und der Technik wie auch den verbindlichen technischen Spezifikationen entspricht und frei von Mängeln ist, die seinen Wert oder die Tauglichkeit zum vorausgesetzten Gebrauch beeinträchtigen.

13.2. Vom Lieferanten vorgeschlagene Konstruktionen und Ausführungsarten, selbst wenn diese von der FZAG ausdrücklich übernommen und anerkannt worden sind, entlasten den Lieferanten nicht von der Mängelhaftung. Treten während der Gewährleistung Instabilitäten an der Anlage auf, unternimmt der Lieferant unverzüglich alle nötigen Massnahmen, um diese zu beheben.

13.3. Die Gewährleistungsfrist beträgt zwei Jahre, sofern nicht eine längere Frist vereinbart worden ist oder von Gesetzes wegen gilt. Die Gewährleistungsfristen beginnen mit der Schlussabnahme zu laufen, selbst wenn einzelne Anlagenteile bereits vorher in produktivem Betrieb genutzt worden sind. Die FZAG hat das Recht sämtliche Mängel jederzeit innerhalb der Gewährleistungsfrist zu rügen.

13.4. Für ersetzte oder reparierte Teile des Vertragsgegenstandes beträgt die Gewährleistungsfrist 24 Monate ab Abnahme der ersetzten oder reparierten Teile, falls die Gewährleistungsfrist für den Liefergegenstand früher abläuft.

13.5. Nimmt die FZAG innerhalb der Gewährleistungsfrist am Liefergegenstand Softwareänderungen vor, erlischt die Gewährleistung auf die von der Änderung betroffene Funktion. Für alle restlichen Funktionen bleibt die Gewährleistung erhalten. Parameteränderungen gelten diesbezüglich nicht als Softwareänderung. Softwareänderungen innerhalb der Steuerung, die den Liefergegenstand nicht betreffen, haben keinen Einfluss auf die Gewährleistung.

14. Verfügbarkeit von Ersatzteilen

Für anlagenspezifische Komponenten und Ersatzteile gewährleistet der Lieferant eine Verfügbarkeit von mindestens 10 Jahren ab Gefahrenübergang der Anlage.

15. Fristen und Termine

15.1. Fristen und Termine für die Leistungserbringung sind verbindlich. Der Lieferant kommt bei Nichteinhalten der vereinbarten Termine ohne weiteres in Verzug.

15.2. Die FZAG kann Fristen und Termine nach vorgängiger Anzeige und in Absprache mit dem Lieferanten anpassen, wenn die Umstände dies erfordern. Der Lieferant kann für entstehende Umtriebe oder Nachteile keine Entschädigung beanspruchen.

15.3. Kommt der Lieferant in Verzug, so hat ihm die FZAG eine angemessene Nachfrist zur Vertragserfüllung anzusetzen, unter Vorbehalt von Art. 108 OR. Kann der Lieferant auch innerhalb dieser Nachfrist die vereinbarte Leistung nicht erbringen, kann FZAG gegenüber dem Lieferanten den Rücktritt vom Vertrag erklären (Ziffer 17).

16. Konventionalstrafen

16.1. FZAG kann bei der Beschaffung Konventionalstrafen für Terminüberschreitungen festlegen. Konventionalstrafen werden mit dem Vergütungsanspruch des Lieferanten verrechnet und sind geschuldet, sofern er nicht nachweist, dass ihn kein Verschulden trifft.

16.2. Die Zahlung von Konventionalstrafen entbindet den Lieferanten nicht von der Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten. Die Geltendmachung eines höheren Schadens durch FZAG bleibt vorbehalten. Die bezahlte Konventionalstrafe wird an den zu leistenden Schadenersatz angerechnet.

17. Rücktrittsrechte

Im Falle eines Rücktritts vom Vertrag infolge Verzug oder unzureichender vertraglicher Leistung (Art. 366 Abs. 1 OR, Art. 368 Abs. 1 OR) ist FZAG berechtigt, Arbeitsergebnisse (insbes. Planungsresultate) sowie daran erworbene Gebrauchs- und Nutzungsrechte von der Rückabwicklung auszunehmen. Dasselbe gilt für bereits erbrachte, jedoch noch nicht abgenommene (Teil-)Leistungen. Der Teil der Vergütung für die Leistungen, welche von der Rückabwicklung ausgenommen werden, ist vom Lieferanten nicht zurückzuerstatten. In allen Fällen bleibt die Geltendmachung von Schadenersatz gegenüber dem Lieferanten vorbehalten.

18. Haftung

18.1. Der Lieferant haftet für Schäden, welche der FZAG im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung aus irgendwelchen Gründen entstanden sind, z.B. aus Mangelfolgeschäden, Nichterfüllung, Sorgfaltspflichtverletzung oder Verzug, wenn der Lieferant nicht beweist, dass weder den Lieferanten, noch seine Arbeitnehmer, Hilfspersonen oder Subunternehmer ein Verschulden trifft. Die Haftung für Schäden, die nicht vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht wurden, ist auf 10 Millionen Schweizer Franken begrenzt, es sei denn die Versicherungssumme des Lieferanten übersteigt diesen Betrag; es gilt jeweils der höhere Betrag. Die Haftungsbegrenzung gilt nicht für die Mängelhaftung (vgl. Ziffer 9 und 13). Die Haftung

für Personenschäden ist auch bei leichter Fahrlässigkeit unbegrenzt.

18.2. Der Lieferant hat für die Dauer des Vertrages eine Haftpflicht-Versicherungsdeckung von mindestens 10 Millionen Schweizer Franken für Personen- und Sachschäden und damit zusammenhängende Vermögensschäden sowie von mindestens 2 Millionen Schweizer Franken für reine Vermögensschäden bzw. die jeweils geltende höhere Versicherungsdeckung nachzuweisen.

19. Preis

19.1. Der vom Lieferanten angebotene und von FZAG angenommene Preis versteht sich als Pauschalpreis und umfasst alle Aufwendungen für die vertragsgemässe Leistungserbringung, insbesondere Lieferungen, Installation, Prüfungen und Tests, sowie Abnahmen und Inbetriebsetzung sowie Lizenzen. Der Pauschalpreis gemäss Angebot des Lieferanten bleibt für die ganze Vertragsdauer fest, ohne Anpassung an die Teuerung. Spesen und Reisekosten werden nicht separat vergütet.

19.2. Regiearbeiten dürfen nur in Rechnung gestellt werden, wenn diese vorgängig schriftlich vereinbart worden sind.

19.3. Bestellungsänderungen, die zu Preisanpassungen führen, müssen vorgängig von beiden Parteien schriftlich unterzeichnet werden.

20. Rechnungsstellung

20.1. Die Vergütung wird fällig mit der Schlussabnahme oder gemäss Zahlungsplan, soweit ein solcher vereinbart wurde. Ist die Vergütung fällig, macht sie der Lieferant mit einer Rechnung geltend. Fällige Zahlungen leistet die FZAG innert 30 Tagen nach Erhalt der Rechnung. Macht FZAG Minderwert geltend, wird im entsprechenden Umfang ein Abzug vorgenommen. Besteht ein Anspruch auf Nachbesserung des abgelieferten Werks, ist FZAG berechtigt die (Teil-)Zahlung zurückzubehalten.

20.2. Werden Teilzahlungen vereinbart, werden grundsätzlich 10 % jeder Teilzahlung bei FZAG zurückbehalten. Die Schlusszahlung wird im Falle von bei der Schlussabnahme festgestellter Mängel erst nach deren ordnungsgemässer Behebung zur Zahlung fällig.

20.3. FZAG kann die Vergütung zurückbehalten, wenn vereinbarte finanzielle Garantien nicht vorliegen (Ziffer 21); dies gilt auch für die Zahlung bei Schlussabnahme falls die Leistung einer Gewährleistungsgarantie vereinbart ist.

21. Finanzielle Garantien

21.1. FZAG kann bei der Beschaffung der Anlage die Leistung von finanziellen Garantien in Form einer Bürgschaft oder als abstrakte Garantie (Erfüllungsgarantie, Anzahlungsgarantien und Gewährleistungsgarantien) durch den Lieferanten vorsehen. Falls nicht anders vereinbart wurde, sind diese abstrakt, selbständig und nicht akzessorisch zum Vertrag von

einer in der Schweiz niedergelassenen Bank oder Versicherungsgesellschaft auszustellen. Die jeweilige Garantieleistung hat auf erste Aufforderung hin an die FZAG zu erfolgen, ungeachtet der Gültigkeit und Rechtswirkungen dieses Vertrages, unter Verzicht auf jegliche Einwendungen und Einreden aus dem Vertrag.

21.2. Der Lieferant leistet die Erfüllungsgarantie mit Vertragsunterzeichnung in der Höhe von 10 % des Vertragspreises, sofern nichts anderes vereinbart wurde. Anzahlungsgarantien und Gewährleistungsgarantien sind in der durch die Parteien vereinbarten Höhe zu leisten.

22. Erfüllungsort

Erfüllungsort ist der Flughafen Zürich. Alle Kosten für Transport, Versicherung, Verzollung, Verpackung, einschliesslich Entladung gehen zu Lasten des Lieferanten (Incoterms® 2015 DDP).

23. Geheimhaltung

23.1. FZAG kann die Herausgabe von Informationen und Dokumentationen an den Lieferanten von der Unterzeichnung einer Vertraulichkeitserklärung abhängig machen.

23.2. Beide Parteien verpflichten sich selber wie auch ihre Arbeitnehmer und beigezogenen Hilfspersonen sowie Subunternehmer, während der Dauer dieser Vereinbarung sowie nach deren Beendigung, sämtliche Daten und Informationen der anderen Partei, die sie im Rahmen der Vertragserfüllung erhalten haben, vertraulich zu behandeln, nicht an Dritte weiterzugeben und nicht für andere Zwecke als die Vertragserfüllung zu gebrauchen. Die Geheimhaltungspflicht gilt nicht für Informationen, die nachweislich öffentlich bekannt sind oder ohne Dazutun des Informationsempfängers öffentlich bekannt werden.

23.3. Werbung und Publikation durch den Lieferanten über spezifische Leistungen bedürfen der schriftlichen Zustimmung der FZAG.

23.4. Vorbehalten bleiben gesetzliche Informationspflichten. Im Fall einer derartigen Anforderung zur Offenlegung informiert die offenlegende Partei unverzüglich die andere Partei, damit diese geeignete Massnahmen treffen kann. Die offenlegende Partei wird in angemessenen Umfang alles tun, um die vertrauliche Behandlung der Informationen zu erreichen.

24. Abtretung, Übertragung und Verpfändung

Rechte und Pflichten aus dem Vertragsverhältnis dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Vertragspartners an Dritte weder abgetreten, übertragen noch verpfändet werden.

25. Vertragsbestandteile und Rangfolge

Bei Widersprüchen zwischen den Regelungen des Vertrages und seiner Anhänge einerseits und diesen AGB andererseits, haben jene Vorrang vor den Bedingungen der AGB. Innerhalb der Regelungen des Vertrages und seiner Anhänge ist die

festgesetzte Rangfolge massgebend. Fehlt eine solche Rangfolge, geht erstens die konkretere Regelung der allgemeinen vor, zweitens geht die jüngere Regelung der älteren vor.

26. Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Der Vertrag unterliegt Schweizer Recht. Die Bestimmungen des Wiener Kaufrechtes (Übereinkommen der Vereinigten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf, abgeschlossen in Wien am 11.4.1980) werden wegbedungen. Ausschliesslicher Gerichtsstand ist **Zürich**.